



INHALT JULI/AUGUST 2008

SEITE 1
„ANTIRASSISMUS DARF NICHT BEIM ‚ANTI‘ STEHEN BLEIBEN!!“

IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen und der Arbeitgeberverband Stahl empfehlen Bildungsprogramm gegen Rechts

SEITE 2
BUNT IST BUNTER!

SchülerInnen der Bergschule St. Elisabeth gewinnen Ehrenpreis **NPD-VERBOT IST UNVERZICHTBAR!**

DGB fordert die Bundesregierung zum Handeln auf **Dienstvereinbarung gegen Diskriminierung!**

Angestellte der Stadt Bremen profitieren von umfassender Vereinbarung gegen Diskriminierung, Mobbing und sexueller Belästigung

SEITE 3
VER.DI PROTEST GEGEN SCHLISSUNG VON RADIO MULITKULTI

Sendeprogramm mit Integrationsfaktor soll Ende des Jahres abgeschaltet werden **NEONAZI DARF KEIN SCHÖFFE MEHR AM ARBEITSGERICHT SEIN!**

Amtsenthhebung gegen rechten Musiker erfolgreich

TERMINE
und Veranstaltungen

SEITE 4
DIE VERGANGENHEIT IST EIN FREMDES LAND

Film des Monats **EIN BLICK IN DIE MITTE!**
Neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu rechtsextremen Einstellungen

„AKTIV+GLEICHBERECHTIGT“ versteht sich als ein Beitrag zum Bündnis für Demokratie und Toleranz.



Spendenkonto
Mach meinen Kumpel nicht an! e.V., SEB AG Düsseldorf
Konto 1030 343 800, Bankleitzahl 300 101 11

„ANTIRASSISMUS DARF NICHT BEIM ‚ANTI‘ STEHEN BLEIBEN!!“

IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen und der Arbeitgeberverband Stahl empfehlen Bildungsprogramm gegen Rechts

Ende April unterzeichnete die IG Metall Brandenburg-Berlin-Sachsen mit dem Arbeitgeberverband Stahl eine gemeinsame Erklärung, die sich gegen Rassismus und Gewalt ausspricht und die Demokratie durch politische Bildungsarbeit fördern will. Mit ihrem Engagement gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit betreten die Tarifparteien Neuland und wollen Vorbild für andere Branchen sein.

Aktiv+Gleichberechtigt führte ein Interview mit dem IG Metall Bezirksleiter Olivier Höbel, der die Erklärung für die IG Metall mit abgeschlossen und unterzeichnet hat.

A+G: Herzlichen Glückwunsch zu eurer gemeinsamen Erklärung mit dem Arbeitgeberverband Stahl e.V.! Wie ist es denn dazu gekommen?

Olivier Höbel: Die Initiative ging von ArcelorMittal Eisenhüttenstadt aus. Die IG Metall Vertrauensleute trugen das Thema an die Tarifkommission Stahl heran. Das Thema Antirassismus ist dort sehr gut gewerkschaftlich verankert. So arbeitet die IG Metall dort aktiv im Widerstand gegen rechte Aktivitäten mit und beteiligte sich z.B. an der Kampagne „Stoppt den Nazi-Aufmarsch in Halbe“.

Es ist kein Zufall, dass sich die Kollegen aus der Stahlindustrie mit

In eigener Sache!

Aktiv+Gleichberechtigt geht in die Sommerpause. Erscheinungsdatum der nächsten Ausgabe des Newsletters ist der 10. September!

dem Thema beschäftigen. Stahl ist eine multinationale Branche und nimmt in vielen Bereichen einen Vorbildcharakter ein. Mit der Erklärung setzen wir ein Zeichen gegen Rechts und machen die gesellschaftliche Verantwortung deutlich, gegen Rechts aktiv zu sein. Dies gilt insbesondere für die Situation im Osten.

A+G: Gab es denn für euch einen konkreten Anlass, etwa rechte Vorfälle in Betrieben, die euch als IG Metall zu der Erklärung bewogen haben?

OH: Es gibt Aktivitäten von Nazis in den Regionen. Mit der Erklärung wollen wir ein starkes Signal aus den organisierten Betrieben geben: für eine klare Orientierung an Demokratie und Antifaschismus. Die Erklärung soll auch ein Signal für andere Branchen sein.

A+G: Gab es denn Widerstände, die ihr überwinden musstet?

OH: Es gab beim Arbeitgeberverband zunächst Bedenken, ob sie sich mit der Erklärung zu sehr auf politisches Terrain bewegen. Im Verlauf der Gespräche wurde diese Befürchtung jedoch ausgeräumt, so dass am Ende auch der Arbeitgeberverband eine klare Entscheidung für die Erklärung traf.

A+G: Welche konkreten Verbesserungen erwartet ihr von der Erklärung? Wird es in Zukunft leichter sein, Betriebsvereinbarungen zu verabschieden und das Thema Rassismus stärker in der betrieblichen Bildungsarbeit zu verankern?

OH: Ich denke, es ist entscheidend, dass es betriebliche Initiativen gibt, die die Orientierung der Erklärung aufgreifen und in konkrete Aufklärung und Aktionen umsetzen. Die Position derjenigen, die in diese Richtung aktiv werden wollen, ist nun gestärkt!



A+G: Glaubst du, dass die Erklärung auch für andere Branchen Vorbild ist und eine Signalwirkung entfalten kann?

Als IG Metall haben wir entsprechende Initiativen auch an die Metallarbeitgeber gerichtet. Die zeigen sich bisher sehr reserviert.

A+G: Was hat die IGM jetzt konkret vor, um die Willensbekundung mit Leben zu füllen?

OH: ArcelorMittal hat bereits eine Betriebsvereinbarung gegen Rassismus verabschiedet. Dort setzen wir auf stärkere regionale Vernetzung der Aktivitäten. Außerdem geht es uns jetzt darum, die betrieblichen Vereinbarungen und Aktivitäten in unserem Bezirk zu verbreiten. Darüber hinaus wollen wir einen breiten Ansatz soziale Kompetenz in den Betrieben stärken. Antirassismus darf nicht beim „Anti“ stehen bleiben. Unsere Arbeitsschwerpunkte umfassen deshalb u.a. auch die Initiative zur Gleichstellung der Leiharbeiter und die stärkere Vereinbarkeit von Familie und Beruf!

A+G: Herzlichen Dank für das Gespräch und viel Erfolg bei eurer antirassistischen Arbeit!

Betriebsvereinbarungen gegen Diskriminierungen finden sich im Internet unter:
www.migration-online.de/betriebsvereinbarungen

BUNT IST BUNTER!



SchülerInnen der Bergschule St. Elisabeth gewinnen Ehrenpreis

Integration hieß das Thema für die Schülerinnen und Schüler der Klasse RG 2 der Berufsfachschule für Ge-

sundheit und Soziales im Fach Berufs-, Gesetzes- und Staatskunde. Doch wer hinter dem sperrigen Namen des Unterrichtsfachs trockenen Stoff und gelangweilte Schülerinnen und Schüler vermutet, der irrt. Mit ihrem Pro-

jekt „bunt ist bunter“ zeigte die Klasse viel Kreativität und Eigeninitiative gegen Rechts. Das Motto verdeutlicht, dass ein friedliches Miteinander aller Bürger eine Bereicherung für jeden Einzelnen darstellt. Dieses Thema bekam auch schnell einen lokalen Bezug: Dem kleinen thüringischen Städtchen drohte ein Aufmarsch der rechtsextremen NPD. Darüber wurde auch im Unterricht gesprochen und diskutiert, was man gegen die rechte Demonstration unternehmen kann und die Schülerinnen und Schüler wurden direkt selbst aktiv. Die Klasse entwickelte Plakate und komponierte einen eigenen Rap, der zur Teilnahme an den Aktivitäten gegen den NPD-Aufmarsch zu beteiligen und beschreibt, wie es erfolgreich gelungen ist, die NPD zurückzudrängen.

„Wir haben erlebt, dass man gemeinsam mit Zivilcourage und verantwortungsvollem Handeln etwas gegen

den Einfluss rechter Parteien und Ausländerfeindlichkeit tun kann!“ So lautet die Bilanz der Klasse zu ihrem erfolgreich abgeschlossenen Projekt.

Für diesen Beitrag gegen Rechts erhielten die Schülerinnen und Schüler einen Ehrenpreis des letztjährigen Wettbewerbs „Die Gelbe Hand“.

Der Rapsong steht zum Download bereit auf der Homepage des Kumpelvereins unter:
www.gelbehand.de/bunter

Kontakt:
Klasse RG2
Bergschule St. Elisabeth
Friedensplatz 5–6
37308 Heiligenstadt

Wer sich am Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ beteiligen möchte, findet Informationen unter:
www.gelbehand.de/wettbewerb_2008

NPD-VERBOT IST UNVERZICHTBAR!

DGB fordert die Bundesregierung zum Handeln auf

Der DGB Bundesvorstand hat auf seiner Sitzung im Mai erneut ein Verbot der NPD gefordert. Dadurch ist es möglich, der NPD für ihre rassistische, nationalistische, antisemitische und demokratiefeindliche Politik den finanziellen Boden zu entziehen.

„Mit einem Verbot der NPD setzt der demokratische Rechtsstaat zum einen ein klares Zeichen, was zum demokratischen Meinungsspektrum gehört und was nicht. In ihren öffentlichen Äußerungen und Flugblättern macht die NPD zunehmend deutlich, dass die parlamentarische Demokratie überwunden werden müsse und die Zukunft im Nationalismus liege“ begründet der DGB seine Forderung. Auch die Finanzierung einer neonazistischen Partei und ihrer Aktivitäten aus Steuermitteln könne so endlich unterbunden werden.

Damit sind die unionsgeführten Länder mit ihrer ablehnenden Haltung wieder in die Kritik geraten. Ein erneutes Verbotverfahren erfordere eine sorgfältige Vorbereitung und muss durch die Sammlung von Daten und Informationen zur Verfassungsfeindlichkeit

der NPD auf Länderebene gestützt werden. Dieser Informationspflicht kommen die CDU-regierten Länder jedoch nicht nach, so der DGB.

Bereits im Dezember wurden dem Petitionsausschuss des Bundestages über 175.000 Unterschriften der Kampagne nonpd der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes für ein erneutes NPD-Verbot übergeben. Für Empörung sorgte dessen im Frühjahr bekannt gewordene Weigerung, den Bundestag über die Forderungen zu informieren.

Über ein NPD-Verbot hinaus fordert der DGB, die Bekämpfung des Rechtsextremismus zu einer dauerhaften gesellschaftlichen und politischen Aufgabe zu machen: „Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind kein vorübergehendes Phänomen, das allein durch Maßnahmen der Sicherheitsorgane beseitigt werden kann. Die Bekämpfung rechtsextremer und neonazistischer Ideologien ist eine gemeinsame Aufgabe der gesamten Gesellschaft, von Politik, Wirtschaft, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Verbänden und der Gewerkschaft.“

www.gelbehand.de/npdverbotsbeschluss

DIENSTVEREINBARUNG GEGEN DISKRIMINIERUNG!

Angestellte der Stadt Bremen profitieren von umfassender Vereinbarung gegen Diskriminierung, Mobbing und sexueller Belästigung

Eine weit reichende Dienstvereinbarung, die Diskriminierung, Mobbing und sexuelle Belästigung umfasst, hat die Stadt Bremen vereinbart. „Von Diskriminierung, Mobbing oder sexueller Belästigung Betroffene werden ausdrücklich ermutigt, ihre Situation nicht hinzunehmen, sondern sich zur Wehr zu setzen und sich an Dritte zu wenden mit dem Ziel, das Fehlverhalten zu beseitigen!“, heißt es darin. Durch die Dienstvereinbarung zur Konfliktbewältigung am Arbeitsplatz der Hansestadt Bremen werden aber nicht nur Betroffene ermutigt, sich für ihre Rechte einzusetzen. Auch Vorgesetzte und Unbeteiligte werden aufgefordert, Zivilcourage zu zeigen und sich mit den Opfern von Diskriminierung solidarisch zu verhalten und sie zu unterstützen.

Ziel der Vereinbarung ist es, partnerschaftliches Verhalten am Arbeitsplatz

zu stärken, sowie Verfahrensregelungen bei Konflikten und Ahndungsmöglichkeiten von Fehlverhalten zu gewährleisten.

Die Vereinbarung regelt die Pflichten der Angestellten, Diskriminierungen zu unterlassen; die Rechte der Betroffenen auf Beschwerde, Schutz und Konfliktlösung, sowie der Pflichten des Dienstherren und der Vorgesetzten, gegen diskriminierendes Verhalten vorzugehen, sich im Bereich Antidiskriminierung fortzubilden und die Beschäftigten mit den notwendigen Informationen zu versorgen.

Die Dienstvereinbarung ist im Internet nachlesbar:
www.migration-online.de/betriebsvereinbarungen



VER.DI PROTEST GEGEN SCHLIEßUNG VON RADIO MULTIKULTI

Sendeprogramm mit Integrationsfaktor soll Ende des Jahres abgeschaltet werden

Seit 14 Jahren sendet Radio Multikulti sein internationales Programm. Der Sender befasst sich mit den angenehmen und unangenehmen Seiten von Migration und Integration. Er repräsentiert zugleich die vielfältigen Realitäten der Menschen, die in Deutschland leben. So wird das Programm neben Deutsch mit und ohne Akzent auch in vielen weiteren Sprachen ausgestrahlt. Es baut so auch sprachliche

Brücken zwischen zugewanderten MigrantInnen und Herkunftsdeutschen.

Nun hat der rbb beschlossen, den Sender aus Kostengründen einzusparen. Dagegen regt sich vielfältiger Protest. Auch der ver.di Senderverband und die Deutsche Journalistinnen und Journalisten-Union halten die Abschaltung von Radio Multikulti für falsch: „Die Schließung von Radio Multikulti ist weder medien- und integrationspolitisch noch betriebswirtschaftlich ernsthaft begründbar“, so die gemeinsame Erklärung der Vorstände des ver.di Senderverbandes des rbb und der deut-

schon Journalistinnen und Journalisten-Union (dju) Berlin-Brandenburg.

Es ist Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, ein breites Programmangebot für alle Bevölkerungsgruppen anzubieten. Ein Viertel der Berliner Bevölkerung sind Gebührenzahler, die zu dem Teil gehören, für das Radio Multikulti ein Integrationsfaktor mit seinem Programmangebot darstellt. „Hierbei aus reiner Sicht der Einschaltquote zu argumentieren, verkennet die Notwendigkeit von fremdsprachigem Programmangebot für die zugewanderte Bevölkerungsgruppe. Diese stellen einen nicht unwesentlichen Wirtschaftsfaktor für die Region dar und weisen Berlin auch als internationalen Medienstandort aus“, so Andreas Köhn, stellvertretender Landesbezirksleiter und medienpolitischer Sprecher von ver.di Berlin-Brandenburg im Auftrag der Vorstände.

Andreas Köhn
ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg
Köpenicker Straße 30 · 10179 Berlin
Telefon 0 30/88 66-41 06
Telefax 0 30/88 66-49 99
<http://bb.verdi.de>



NEONAZI DARF KEIN SCHÖFFE MEHR AM ARBEITSGERICHT SEIN!

Amtsenthörung gegen rechten Musiker erfolgreich

Im Januar 2008 beschloss das Arbeitsgericht in Stuttgart die Amtsenthebung von Oliver Hilburger als Schöffe beim Arbeitsgericht. Zur Begründung führte das Gericht seine neonazistischen Aktivitäten an – zu Recht, wie das Bundesverfassungsgericht im Mai befand. Bereits seit vier Jahren war der rechte Musiker auf Vorschlag der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM) ehrenamtlich als Richter tätig. Auch auf betrieblicher Ebene war Hilburger aktiv: Bis Juli 2007 vertrat er die CGM als Mitglied im Betriebsrat bei Daimler in Untertürkheim. Durch Druck seitens der IG Metall Betriebsräte musste Hilburger sowohl das Betriebsratsmandat als auch seinen Sitz im Landesvorstand der CGM niederlegen. Ein weiterer Neonazi und führender Kopf der Neonazi-Online-Plattform „Thule Netz“, Thomas Scharfy, ist allerdings weiterhin im

CGM Bezirksvorstand in Stuttgart aktiv. Die Band Hilburgers – „Noie Werte“ – gehört zu den ältesten Neonazibands in Deutschland. Auf deren Konzerten wird gern einmal der Hitlergruß gezeigt; in den Texten alte Nazigrößen wie etwa Rudolf Heß verherrlicht und zu Gewalt gegen AntifaschistInnen aufgerufen. Auch auf der „Schulhof CD“, die die NPD 2004 und 2005 unter SchülerInnen verbreitete, befanden sich Lieder von „Noie Werte“.

Mit dem Urteil vom Mai 2008 bestätigte das Bundesverfassungsgericht nun, dass auch seine Amtsenthebung durch das Arbeitsgericht Stuttgart rechtmäßig ist. Das Gericht unterstrich, dass auch ehrenamtliche Richter einer besonderen Verfassungstreue unterliegen und damit Personen, die die freiheitlich demokratische, rechts- und sozialstaatliche Ordnung ablehnen, nicht ernannt werden dürfen. Das Gericht bestätigte, dass davon auszugehen sei, dass Hilburger in einem

Arbeitsgerichtsprozess, an dem möglicherweise ausländische Arbeitnehmende oder Arbeitgeber beteiligt sind, auf Grund seiner rechten Gesinnung nicht mehr fair urteilen könne.

Dass sich Nazis um öffentliche Ämter bewerben, ist kein Einzelfall, sondern durchaus Strategie: Im Frühjahr warnte die Gewerkschaft ver.di in Berlin davor, dass die NPD gezielt unter ihren AnhängerInnen werbe, sich bei der diesjährigen Schöffenwahl aufstellen zu lassen. Ver.di rief ihrerseits ihre Mitglieder dazu auf, sich als Schöffe/Schöffin zur Verfügung zu stellen, um das ehrenamtliche Richteramt nicht den Rechten zu überlassen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts macht Mut, sich auch weiterhin gegen die Ausbreitung von rechter Ideologie in der Öffentlichkeit einzusetzen.

www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rk20080506_2bvr033708.html

TERMINE

und Veranstaltungen



Bonn stellt sich quer! – Demonstration gegen den Naziaufmarsch

Demonstration, 12.07.2008
8:00 Uhr; Beginn am DGB Haus
Das Bonner Aktionsbündnis „Kein Fußbreit den Faschisten!“ ruft zu einer Demonstration gegen Nazis auf. Für den 12. Juli hat das neonazistische „Aktionsbüro Mittelrhein“ eine Demonstration in Bonn-Duisdorf angemeldet. Neben vielen anderen Gruppen und Einzelpersonen rufen DGB, GEW, IG BAU; IG BCE; NGG, transnet und ver.di zur Teilnahme auf.

www.bonn-stellt-sich-quer.de

Migrantenpresse in Deutschland – Deutsche Presse im Ausland

Seminar, 14.–18.07.2008
Veranstalter: JournalistenAkademie der FES
Die Zahl der in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten nimmt zu. Diese Entwicklung wird von der deutschen Presselandschaft kaum zur Kenntnis genommen. Das Verständnis für die besonderen Belange und Bedürfnisse der Migrantenpresse lässt sich am besten erfahren, wenn man deren Inhalte versteht. Dies geschieht im Seminar durch die Analyse von deutschsprachiger Migrantenpresse.
Kontakt und Anmeldung:
Marion.Wolf@fes.de

Grundlagen der interkulturellen Kompetenz

Training, 19.–21.08.2008
Veranstalter: DGB Bildungswerk e.V.
Migrationsbedingte Veränderungsprozesse im Berufsalltag erfordern interkulturelle Kommunikationsfähigkeiten. Mit diesem Training sollen vor allem Personen angesprochen werden, die in ihrem Unternehmen, ihrer Verwaltung oder ihrer Institution als Multiplikatoren und Multiplikatorinnen dienen. Es geht darum, kulturgebundene Kommunikationsunterschiede zu erkennen und sensibel auf Unterschiede zu reagieren. Verantwortliche lernen die Wichtigkeit interkultureller Kompetenz kennen und können so Veränderungsprozesse im Betrieb, der Verwaltung oder der Institution anstoßen.
Anmeldung: www.migration-online.de

AKTIV +GLEICH BERECHTIGT MIGRATION 7/8

Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf
Postvertriebsstück, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, 67669

DIE VERGANGENHEIT IST EIN FREMDES LAND

FILM DES MONATS

Seit der Wiedervereinigung Deutschlands sind 200.000 Juden und Jüdinnen aus der ehemaligen Sowjetunion hier eingewandert. Dieser in der europäischen Nachkriegsgeschichte einmalige Prozess hat dem jüdischen Leben in Deutschland zu einer neuen Blüte verholfen.

Die Integration dieser Einwanderer birgt nicht nur ungeahnte Chancen, sondern stellt die jüdischen Gemeinden vor große Herausforderungen. Der Film, der unter anderem vom DGB Bildungswerk gefördert wurde, gewährt einen Einblick in das neue jüdische Leben und porträtiert die jüdischen EinwanderInnen.

Der Film ist ausleihbar unter:



[www.migration-online.de/
medienverleih](http://www.migration-online.de/medienverleih)

EIN BLICK IN DIE MITTE!

Neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu rechtsextremen Einstellungen

Vor knapp zwei Jahren veröffentlichte die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) die Studie „Vom Rand zur Mitte“, die auf erschreckende Weise die Zunahme und Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in Deutschland belegt.

Mit „Ein Blick in die Mitte!“ setzt die FES das Projekt nun fort und richtet den Fokus stärker auf die Entstehungsbedingungen rechtsextremer, aber auch demokratischer Einstellungen. „Wir wollten die politischen Aussagen mit den Lebensläufen der befragten Personen in Verbindung bringen“, erläutert Oliver Decker, Mitautor der Studie.

Dazu wurden zwölf Gruppendiskussionen mit Personen durchgeführt, die auch an der Vorläuferstudie teilge-

nommen haben und als besonders stark rechtsextrem, besonders ausgeprägt nicht-rechtsextrem oder die besonders häufig die mittlere Antwortmöglichkeit „teils-teils“ geäußert haben.

Die Studie kommt zu beunruhigenden Ergebnissen: So stellen die Forscherinnen und Forscher fest, dass ausländerefeindliche Ressentiments sehr selbstverständlich geäußert werden – auch von Personen, die in der ersten Studie nicht durch rechtsextreme Äußerungen auffielen. Der Druck zu Konformität und gesellschaftlicher Normierung ist hoch. Gleichzeitig gelten Sanktionen gegen abweichendes Verhalten als akzeptabel, so dass Migrantinnen und Migranten und Arbeitslose unter Anpassungsdruck geraten und Ausgrenzung erfahren. Diese Stigmatisierung geht mit dem Verlust des Schutzes vor staatlichem oder gesellschaftlichem Zugriff auf das betroffene Individuum einher.

Die Demokratie, bilanziert die Studie, wird lediglich als Garant individuellen Wohlstands akzeptiert. Erfüllt sie diese Funktion nicht, schwindet die Zustimmung zum demokratischen System. Auch die Möglichkeiten zur zivilgesellschaftlichen Teilhabe und demokratischer Mitbestimmung werden nicht wahrgenommen.

Autoritäre Denkstrukturen und Gewalterfahrungen haben nach wie vor eine hohe Bedeutung bei der Herausbildung rechtsextremer Einstellungen. Und auch die Weigerung, sich mit dem Nationalsozialismus zu beschäftigen fördert rechtes Denken.

Als Schutz vor rechtem Gedankengut identifiziert das Forscherteam die Fähigkeit, sich in andere Menschen und ihre Denk- und Sichtweisen einfühlen zu können, sowie die Erfahrung von Anerkennung. Auch die inhaltliche Beschäftigung und die emotionale Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus beugen rechten Einstellungen vor.

Kontakt:

Dr. Dietmar Molthagen
Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Berlin
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin
Telefon 0 30/2 69 35-8 28
Telefax 0 30/2 69 35-8 57

GEFÖRDERT DURCH



IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Verein gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus
Vorstand:
Giovanni Pollice, IG BCE
Sabine Hüther, IG Metall
Michaela Dälken, DGB Bildungswerk

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Michaela Dälken

REDAKTION

Heike Mauer

LAYOUT

Gitte Becker

DTP/REINZEICHNUNG

Gerd Spliethoff

FOTOS

Kumpelverein, photocase:
Powermind, juliaw, Cowboy2

DRUCK

Setzkasten GmbH, Düsseldorf

ERSCHEINUNGSWEISE

Monatlich

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 93
Telefax 02 11/43 01-1 34
info@gelbehand.de
www.gelbehand.de

